



Bożena Chołuj

Resistenz der polnischen Geschlechterpolitik nach 1989

Am Status der Frauen lässt sich spätestens seit der Französischen Revolution erkennen, wie weit demokratische Strukturen in einem Land entwickelt sind. Sogar die EU-Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming-Politik), die für alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtend sind, ändern an dieser Regel kaum etwas. Da sie nicht zu den harten Beitrittsforderungen gehören, haben sie längst ihre politische Ausstrahlungskraft verloren. Der Grund dafür bleibt immer noch unzureichend erforscht, man weiß nicht, ob es an der Geschlechterkultur in den EU-Gremien und den darin vorherrschenden Auffassungen zu Genderfragen liegt, oder daran, dass die Frage der Gleichheit der Geschlechter das ganze Verhandlungsgestüst des EU-Beitritts hätte gefährden können. Wenn man an die Zusatzklärung des polnischen Episkopats zum polnischen Beitrittvertrag zurückdenkt, scheint die letzte Vermutung gar nicht so abwegig zu sein.¹ Wie dem auch sei, eines ist bekannt: mit den Gender Mainstreaming-Richtlinien der EU wird in den EU-Mitgliedsstaaten jeweils so umgegangen, wie es die jeweilige Geschlechterordnung vorschreibt. Wenn dies nicht korrigiert wird, liegt es meistens daran, dass die demokratischen Entscheidungsprozesse, an denen sich Frauen beteiligen könnten, immer noch nicht etabliert sind.

Der Aufschwung, den die Frauen, auch in Europa, nach der IV. Weltfrauenkonferenz von 1995 in Beijing erlebten, flaut von Jahr zu Jahr ab. Trotz aller Aktivitäten, die sie in Ost- und Mitteleuropa entwickeln, bewegt sich in Frauenfragen nicht viel. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich beide Teile der EU, der westliche und der östliche, in der Geschlechterpolitik und auch in der Frage der sozialen Versorgung seiner Bürger und Bürgerinnen überraschenderweise einander annähern. Einiges hat sich im Westen geändert, einiges im Osten, aber nicht so gravierend, dass wir von einer geschlechtergerechten Gesellschaft sprechen könnten. Es liegt vor allem daran, dass in den nationalen Politiken der EU-Staaten der Schwerpunkt auf dem freien Arbeitsmarkt liegt und das Modell des Sozialstaates sich auflöst. Der Geschlechterunterschied steht wieder im Vordergrund. Der bisherige Gender-Diskurs hat entweder in der kritischen Analyse der Geschlechterverhältnisse zu kurz gegriffen, oder sich vom Politischen zu sehr entfernt. In der Zeit des Neoliberalismus, der in der EU zu dominieren beginnt, wird der Geschlechterunterschied auf dem Arbeitsmarkt durch die permanente

Hervorhebung des Spezialistentums unsichtbar. Diese Entwicklungstendenz paart sich ausgezeichnet mit der konservativen Familienpolitik, die immer noch auf die fürsorgliche Rolle der Frauen zurückgreifen kann, weil die Dienstleistungen in der Kinderbetreuung und Altersversorgung auf dem freien Arbeitsmarkt nach wie vor zu wenig Gewinn bringen.

Noch vor ein paar Jahren glaubten die Polinnen, sie hätten eine Chance, die EU-Standards in der Geschlechterpolitik zu erreichen. Ferner dachten sie, dass man dort handeln muss, wo Handlungsbedarf entsteht. Dies motivierte sie zwar zu Aktivitäten, die zur Entwicklung der zweiten polnischen Frauenbewegung führte, die sich in Nichtregierungsorganisationen (NRO) nicht nur etablieren sondern auch so verorten konnte, dass sie bis heute immer noch identifizierbar ist. Mittlerweile ist es ihnen jedoch klar geworden, dass ihre NRO zwar die Lücken füllen, die sich nach der Abdankung des Sozialstaates aufgetan haben, sich aber an den Grundprinzipien der Geschlechterordnung nichts ändert. Auf ihren Handlungsspielraum verzichten sie allerdings nicht, denn hier haben sie sich neue, relativ unabhängige Arbeitsplätze und Strukturen für Frauenangelegenheiten in unterschiedlichen Lebensbereichen geschaffen. Doch der Glaube an ihre Stärke und an den Sinn von *civil society* als einem neuen positiven Projekt ist in diesen Kreisen nicht mehr vorhanden. Dieser Entwicklung liegt auch die bittere Erkenntnis zugrunde, dass die Konstellation „staatliche Strukturen-NRO“ nur funktionieren kann, solange auf der Seite der Regierung und der Staatsverwaltung die Bereitschaft zur Kommunikation besteht. Sobald eine solche Kommunikation abbricht, kann zwar viel unternommen werden, aber eines gelingt nicht: politisches Lobbying für grundlegende Veränderungen zugunsten der Geschlechtergerechtigkeit. Es können nur kleine Bereiche für sie erkämpft werden, die wieder verlorengehen, sobald eine andere politische Option in der Regierung dominiert und Sparmaßnahmen vorgenommen werden. Dieses Schicksal erlebten Professuren mit feministischem Schwerpunkt und Gender Studies an mehreren Universitäten; Mutterschaftsurlaub, Abtreibungsgesetze, und vieles mehr waren davon betroffen und wirken beeinträchtigend auf das Leben der Frauen.

Es ist verwunderlich, wie lernfähig Eliten sein können,



wenn es um subversive Strategien geht, die sie befürchten. Seitdem Polen der EU angehört, greifen sie auf die Frauenproblematik alle vier Jahre oder in kürzeren Abständen während der Parlamentswahlen zurück. Nur dann schreiben sich linke Parteien Wahlsprüche über die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes und die Einführung des Gesetzes über die Geschlechtergleichstellung auf ihren Fahnen, während die rechten Parteien eine großzügige Familienpolitik befürworten. Sobald aber eine Partei Wahlsieger ist, vergisst sie ihre Versprechen. Bis zur nächsten Wahl spielen in ihrer Politik wieder Männer und Frauen ihre gewohnten Rollen. Leszek Miller, dessen Sozialdemokratie 2004 die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes versprach, sagte der Presse nach den Wahlen als neuer Ministerpräsident, dass er Pragmatiker sei und mit dieser Liberalisierung keinen politischen Selbstmord begehen wolle. Es gibt auch andere Strategien im Umgang mit den Wahlversprechen: Sobald man auf die Wahlversprechen rekurriert, schweigen die Politiker, wie der vorletzte Ministerpräsident, Jaroslaw Kaczynski der Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit), andere wie der jetzige Ministerpräsident Donald Tusk von PO (Bürgerplattform) vermeiden jeglichen Kontakt zu den Frauen, die sich seit Jahren um eine neue Geschlechterpolitik in Polen bemühen.

Die Situation in Polen hat sich in der Regierungszeit der rechten Parteien auf eine besondere Art verändert: da nach den EU-Richtlinien Frauen kein Angriffsobjekt sein dürfen, werden Feministinnen von den Politikern auch nicht mehr so frontal attackiert wie vor Polens EU-Beitritt. Die polnische Geschlechterpolitik ist heute jedoch familienorientierter als je zuvor. Frauen werden erst dann in den Blick genommen, wenn sie als integraler Teil einer traditionell aufgefassten Familie erscheinen. Die Familienpolitik konzentriert sich in besonderer Art und Weise auf die Schwangeren und Mütter. Nach der Entbindung bekommen sie beispielsweise, wie von der Kaczynski-Regierung eingeführt, immer noch 1000 Zlotys, unabhängig von ihrer finanziellen Lage. Dieses Geld erhielt sehr schnell den Spitznamen „Entbindungsgeld“ („Becikowe“), mit dem unterstrichen werden sollte, dass diese Hilfe nur kurzfristig ist, da sich die staatliche Unterstützung für Frauen weitgehend darauf beschränkt. Das Kindergeld, welches kinderreiche Familien bekommen, ist eher eine symbolische denn eine reale Hilfe. 2007 beschloss man, den Mutterschaftsurlaub in Jahresschüben zu verlängern (der Prozess läuft immer noch, 2009 werden es 20 Wochen sein). Für eine gesetzliche Absicherung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird dagegen nicht gesorgt, was zur Folge hat, dass die Frauen in diesem Bereich benachteiligt

ger sind als zuvor. Die Arbeitgeber erhielten keinerlei Anreize, um Frauen nach einer längeren Arbeitspause wieder einzustellen. Es gab zwar eine Aufklärungskampagne, die die Arbeitgeber belehren sollte, ohne dass rechtliche Entscheidungen getroffen wurden. Auch das Altersversorgungssystem benachteiligt die Frauen. Da sich dieses System ähnlich wie das Gesundheitssystem in Polen seit Jahren in einer großen Krise befindet, wird darüber wenig diskutiert, zumal beide Systeme bald ohnehin reformiert werden müssen. Man wartet auf Reformen. Dieses Warten ist nicht eine „natürliche“ Haltung der Bürgerinnen und Bürger in Polen, sondern ergibt sich aus der Orientierungslosigkeit in Bezug auf die geplanten Veränderungen. Die letzte Gesundheitsreform scheiterte im Dezember 2008 am Streit über die Privatisierung der Krankenhäuser, der sich vor allem zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten abspielte. Vorschläge von Frauen werden dabei nicht diskutiert, als gäbe es sie nicht. Aber auch bei Lösungen von oben werden die Betroffenen kaum konsultiert. Das Rentensystem benachteiligt Frauen seit Jahren, weil sie gesetzlich fünf Jahre früher als Männer pensioniert werden, womit sie weniger ausgezahlt bekommen als diese, abgesehen davon, dass sie in den feminisierten Berufen ohnehin grundsätzlich weniger verdienen. Statt diese Diskrepanz aufzulösen, wurde eine neue Regelung eingeführt, nach der die Ehefrau nach dem Tod ihres Ehemanns nicht mehr auf dessen Rente zurückgreifen darf. Sie verliert damit den Anspruch auf die zumeist höhere Pension des Mannes. Diese neue Regelung ergab sich in Polen zwar aus der dramatischen Verringerung des Rentenfonds, der für die nächsten Generationen kaum noch ausreichen wird. Dass aber wieder die Frauen davon negativ betroffen sind, scheint dabei der politischen Elite gleichgültig zu sein. Da Frauen auch in Polen durchschnittlich länger leben als Männer, nimmt die Verarmung älterer Frauen, im soziologischen Jargon „Feminisierung der Armut“ genannt, dramatisch zu. Sie wird von Jahr zu Jahr größer, denn das staatliche Gesundheitssystem vernachlässigt die Menschen im Alter. Kostenlose Vorsorgeuntersuchungen werden nur Frauen bis zu ihrem 65. Lebensjahr angeboten. Die älteren müssen sich meistens privat ohne Rückerstattung der Kosten behandeln lassen, was sich nur wenige leisten können.

Während der Proteste gegen die Situation im Gesundheitswesen in den Jahren 2006-2007 konnte man beobachten, wie undemokratische Entscheidungen mit der Vernachlässigung der Frauenfragen verwoben sind. Als



die Regierung auf Streiks in den Krankenhäusern nicht reagierte, nahm der Protest der Krankenschwestern gegen ihre Arbeitsbedingungen radikalere Formen an. Sie versammelten sich vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten in Warschau, und als auch das nicht half, verwandelte sich ihre Manifestation in eine permanente Aktion: Direkt vor dem staatlichen Gebäude begannen sie zu zelten. Ihre Zelte bekamen bald den Namen *Weißes Städtchen*. Die Krankenschwestern demonstrierten Tag und Nacht gegen die Regierungspolitik und verlangten, dass die Regierung mit ihnen in den Dialog tritt und ihre Forderungen nach Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vor allem einer Reform des Gesundheitswesens aufnimmt.

Die ganze Aktion wurde von der Regierung zuerst ignoriert. Da der Minister für das Gesundheitswesen in dieser Zeit selbst krebskrank wurde und als VIP schnell operiert werden musste, nahm man dies zum Anlass, die Fragen der Gesundheitsreform aufzuschieben, als wollte man abwarten, dass die protestierenden Frauen ermüden und das Gelände vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński verlassen. Als dies nicht geschah, wurde Polizei eingesetzt, um die protestierenden Frauen auf eine weiter abliegende Grünanlage zu verdrängen, doch vier Krankenschwestern drangen während dieser Aktion in das Regierungsgebäude ein, um mit Regierungsvertretern zu sprechen. Da sich niemand dazu bereit erklärte, blieben sie mehrere Tage lang in diesem Haus. Draußen wusste man nicht, was mit ihnen geschieht, denn die Handy-Verbindung mit ihnen war auf Empfehlung der Kanzlei gestört worden, wie später nachgewiesen wurde. Nach zwei Tagen wurde bekannt gegeben, dass die Frauen zu essen und zu trinken bekommen und dass ihnen an nichts fehle. Es wurde jedoch nicht erklärt, warum sie das Gebäude nicht verlassen. Nach ein paar Tagen versuchte die Regierung, diese Frauen für Kompromisse zu gewinnen, aus ihnen Streikbrecherinnen zu machen, was ihr jedoch nicht gelang.

Die über zwei Monate lang protestierenden Krankenschwestern wurden immer mehr von der polnischen Bevölkerung unterstützt. Eine große Hilfe leisteten ihnen auch feministische Organisationen und die schlesische Gewerkschaft der Kohlengrubenarbeiter *Solidarność 80*, die mit diesen Organisationen seit Jahren zusammenarbeitet. Da die Krankenschwestern jedoch nur friedlich protestieren wollten, konnte sich die Hilfe der Männer von *Solidarność 80* nicht voll entfalten. Sie sind durch radikale Aktionen bekannt, bei denen es oft zu durchaus handgreiflichen Konfrontationen mit der Polizei kommt. Bisher hatten sie

damit immer Erfolg.

Das *Weißes Städtchen* löste sich Anfang August 2007 auf, da der Protest die ganze Zeit erfolglos verlief. Die Sommerpause des Parlaments wurde zu einer Sommerpause dieser Protestform. Nach dem 22. August, als der Sejm wieder zusammentrat, fanden sich die Krankenschwestern erneut vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten ein, um an die ungelösten Probleme zu erinnern.

Der Gesundheitsminister war zwar vor der Auflösung des *Weißes Städtchens* und nach seiner Operation wieder ansprechbar, aber auch er hatte kein Konzept für eine Reform des Gesundheitswesens. Nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus stellte er nur fest, dass durch die Streiks mehrere Krankenhäuser in Konkurs gegangen sind und dass das Ministerium für Gesundheitswesen den Beschluss fassen musste, ein Krankenhaus in Łódź zu schließen, gerade jenes Krankenhaus, das den Namen *Denkmal der Mutter Polin* trägt. Es ist eine Gründung des Generals Jaruzelski, mit der die Frauen symbolisch besänftigt werden sollten, nachdem das Kriegsrecht 1981 verhängt wurde, um *Solidarność* verbieten zu können. Die Schließung des Krankenhauses symbolisiert bis heute die Niederlage der protestierenden Frauen und gleichzeitig die Niederlage der Frauenpolitik in Polen. Heute weiß man, dass diese Schließung eine Zäsur darstellt: Erstens für die Erkenntnis, dass Proteste der Frauen von der Regierung unabhängig davon, ob sie sich als links oder rechts definieren, nicht ernst genommen werden, und zweitens, dafür, – und das bedeutet eine Wende in der polnischen Frauenbewegung –, dass sich unterschiedliche Frauenmilieus zu konsolidieren begannen, was vor dieser Krise nicht denkbar gewesen wäre.

Dass die Regierung und staatliche Institutionen auf die Forderungen und Postulate von Frauen mit Schweigen reagieren, scheint seit Kaczynskis Legislaturperiode eine Art politische Strategie im Umgang der Regierung mit Bürgerinitiativen geworden zu sein. Politische Akteurinnen werden einfach ignoriert. Ihre offenen Protestbriefe bleiben unbeantwortet. Die Kommunikation zwischen der Regierung und den Nichtregierungsorganisationen funktioniert nicht mehr, ohne Folgen seitens der EU, denn die Kommunikationskanäle zwischen der Regierung und der Gesellschaft sind in der Europäischen Union – wie wir wissen – nicht obligatorisch. Sie werden zwar gern als Beweis dafür genannt, wie gut demokratische Strukturen in einem Land funktionieren. Wenn sie nicht funktionieren, bleibt es bei der Diagnose, dass hier etwas nicht stimmt, die undemokratische Innen-



politik eines EU-Mitgliedsstaats wird damit nicht beeinträchtigt.

Wenn die Frauenprobleme und Fragen der Geschlechtergleichstellung auf der europäischen Ebene so spektakulär gelöst werden könnten, wie es letztes im Bereich des Umweltschutzes in Polen geschah, könnten sich die Polinnen eine tatsächliche Verbesserung ihrer Situation erhoffen. Kurz vor den Protesten der Krankenschwestern hatten die polnischen Grünen gegen den Bau einer Autobahn nahe der Ostsee, in Rospuda, protestiert. Sie konnten sich darauf berufen, dass dort seltene Vogelarten in ungewöhnlicher Dichte nisten, und dass diese Brutplätze Teil des EU-Programms NATURA2000 zum Schutz seltener Lebensräume sind und nicht durch Bebauung vernichtet werden dürfen. Obwohl der politische Status der polnischen Grünen seit ihrer Parteigründung im Jahre 2004 dem der feministischen Frauenorganisationen darin ähnlich ist, dass sie vor allem als Störenfriede wahrgenommen werden, hatten sie bei den entsprechenden Institutionen der Europäischen Union mit ihrer Aktion mehr erreicht als die polnischen Frauen in der gesamten Transformationszeit seit 1989. Ihnen gelang es, den Europäischen Gerichtshof dazu zu bewegen, sich über den Bau der geplanten Autobahn zu äußern. Die Regierung konnte die große Umweltschutzaktion nicht derart ignorieren, wie es bei den Krankenschwestern der Fall war. Auch hatten die ausländischen Korrespondenten über deren Proteste und das *Weißes Städtchen* vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten nicht annähernd so ausführlich berichtet wie über Rospuda.

In Frauenangelegenheiten gab es nur ein Verfahren, das in Bezug auf Polen auf europäischer Ebene stattfand. Gegen Polen wurde eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof im Fall von Alicja Tysi c verhandelt. Das Urteil wurde am 30. März 2007 gef llt und verpflichtete Polen zur Zahlung einer Entschädigung an Frau Tysi c in Höhe von 25.000 Euro; außerdem hatte Polen die Verfahrenskosten in Höhe von 14.000 Euro zu tragen. Hintergrund ist die Tatsache, dass Alicja Tysi c obwohl ihre Gesundheit durch ihre dritte Schwangerschaft stark gefährdet war, keine Abtreibung gestattet wurde, auch wenn dies auf Grund der vorhandenen Gesetzeslage in Polen in diesem Fall erlaubt gewesen wäre. Sie ist seit ihrem dreizehnten Lebensjahr schwer sehbehindert. Zwei Kinder hatte sie bereits auf die Welt gebracht, doch bei jeder Schwangerschaft verlor sie mehr Augenlicht. Bei der dritten Schwangerschaft bekam sie darum von ihrem Arzt eine Einweisung ins Krankenhaus zur Abtreibung, da sie völlig zu erblinden drohte. Im Krankenhaus wurde jedoch entschieden, das Baby

durch Kaiserschnitt auf die Welt zu bringen, wodurch ein weiterer Verlust ihrer Sehkraft allerdings nicht verhindert werden konnte. Vielmehr verschlechterte sich der Zustand der Frau so beträchtlich, dass sie zurzeit sehr gefährdet ist, sie darf sich nicht b cken, nichts heben. Sie kämpft seit 1999 um eine Entschädigung für das, was ihr widerfahren ist, zumal sie angesichts ihrer Behinderung dringend eine finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Kinder braucht, vor allem für das jüngste Kind, das sie nicht richtig versorgen kann. Dank der Hilfe der *Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung* gelang es ihr, eine Klage in Strassburg erfolgreich durchzuführen.

Innenpolitisch hatte der Vorfall zur Folge, dass das Abtreibungsgesetz nun abgedichtet und um eine Liste von medizinischen F llen ergänzt werden soll, bei denen die Abtreibung zugelassen werden soll. An die Liberalisierung des Gesetzes denkt man überhaupt nicht. Diese Reaktion der Regierung im Fall von Alicja Tysi c ist vielsagend und exemplarisch dafür, wie mangelhaft selbst das Recht der Frauen auf körperliche Unversehrtheit respektiert wird. Das Urteil gegen Polen lief parallel zu der Protestaktion der Krankenschwestern, hatte aber keinen Einfluss auf die Regierungspolitik.

Unabhängig davon, wie man heute die Effektivität der Frauen-NRO bewertet, kann man für Polen eindeutig sagen, dass sie eine wichtige Rolle für den mentalen Wandel, wenn nicht in politischen Kreisen, dann in den Frauenmilieus spielten. Ohne sie wären die oben beschriebenen Protestaktionen nicht denkbar. Dies mobilisierte eine große Zahl von Frauen, sich gegenseitig zu helfen, aber auch gemeinsame Projekte zu entwerfen, die über die übliche Projektarbeit der Organisationen hinausgehen. Die NRO begannen mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, vor allem mit denen von Krankenschwestern, TESCO-Mitarbeiterinnen und von Lehrerinnen. Die neueste Initiative stellt das B rgerinnenforum dar, das aus informellen Vernetzungen einzelner Aktivistinnen und Organisationen des polnischen Feminismus der ersten Stunde entstand. An drei Tischen diskutieren sie große Themenbereiche: Die Gleichstellungsstelle bei der Regierung; Gewalt gegen Frauen; Organisationsformen, Strategien des Forums. Sie organisieren auch weitere Aktionen. Diese informelle Gruppe arbeitet nach einem anderen Modell als die bisherigen NRO. Im Dezember 2008 begangen die Frauen feierlich das neunzigste Jubiläum des Frauenwahlrecht in Polen, um der Öffentlichkeit in einer groß angelegten Perfor-



mance im polnischen Sejm zu zeigen, dass die Vorkriegsregierung, was Frauenthemen betrifft, viel mutiger war als die jetzige. Ab Januar finden Proteste gegen restriktive Entwürfe der gesetzlichen Regelung zur In-vitro-Behandlungen von Frauen statt.

Diese Frauenaktivitäten sind spektakulärer als die alltägliche Arbeit der Frauen-NRO, sie erfassen größere Kreise, aber es ist zu früh, um konstatieren zu können, daß es sich um eine erfolgreiche Strategie handelt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Frauen in Polen wieder am Anfang befinden, denn es geht ihnen erneut um die Konsolidierung der Frauen. Aber vielleicht ist dieser eine Schritt zurück notwendig, um die Vernetzungen zu stärken, und damit der gesellschaftlichen und politischen, ja auch der intellektuellen Anomie der Gesellschaft, die sogar aktive Frauen erfasst, zu entgegen. Das, was in der polnischen Frauenbewegung immer noch funktioniert, ist der Zusammenhalt verschiedener Generationen von Frauen aus den akademischen und außerakademischen Milieus, und das lässt hoffen, dass die Frauen nicht aufhören, gegen die bisherige Resistenz der polnischen Geschlechterpolitik anzukämpfen.

Dieser Zusammenhalt erreichte sogar etwas bei der Staatsverwaltung, die erst jetzt versucht, die Anforderungen der EU einzulösen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales arbeitet wieder an einem Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes. Es ist schon die neunte Version, denn keine der vorhergehenden acht ist jemals in die Parlamentdebatte aufgenommen worden. Da Polen aber diesmal eine Strafe droht, wenn es dieses Gesetz nicht verabschiedet, besteht eine kleine Chance, daß es verabschiedet wird, obwohl es vor allem eine Schutzreaktion auf den Außendruck ist. Eine Änderung der Geschlechterpolitik in Polen kann man jedoch nicht erwarten, denn auch dieser Entwurf wird nicht zur öffentlichen Debatte gestellt, er ist nur ein Werk im Kabinett einer Partei. Es wird nicht öffentlich berichtet, was mit Postulaten geschieht, die die Frauenorganisationen ans Ministerium schicken.

Zur Abrundung dieses traurigen Bildes wäre nur noch darauf hinzuweisen, dass die EU-Osterweiterung eine Schwächung der Frauen-NRO in Polen und anderen Ländern nach sich zog. Der Grund dafür ist, dass in der neuen politischen Situation alle Organisationen der EU-Mitgliedsstaaten die gleichen finanziellen Quellen nutzen, denn die Großzügigkeit westlicher Stiftungen verschob sich weiter in den Osten. Die Intensität der polnischen Frauenaktivitäten sank dadurch automatisch, ähnlich wie

in allen neuen EU-Mitgliedstaaten. Auch die deutschen Frauenorganisationen mussten sich umstellen, obwohl sie die EU-Finanzierungsmöglichkeiten seit Jahren sehr gut kennen. Diese lassen sich nämlich anders nutzen, wenn nach ihnen Hände aus 13 Ländern greifen als wenn es 27 Länder sind. Erst vor kurzem kam es zu einem Durchbruch, einige wenige Frauenorganisationen der EU begannen zusammenzuarbeiten, indem sie sich gemeinsam um finanzielle Unterstützung für gemeinsame Projekte bemühen. Vielleicht wäre es an der Zeit, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Frauen über die NRO-Strukturen hinaus zu entwickeln, nach Mischformen zu suchen. Sie könnten eine Basis für das uralte politische Konzept sein, wonach das gemeinsame Handeln von Frauen immer einen subversiven Charakter gewinnt, sobald sie sich um ihre Rechte öffentlich zu kümmern beginnen. Die staatlichen Verwaltungsstrukturen scheinen ein durch die Frauenbewegung noch unbewirtschafteter Bereich zu sein, obwohl dort eine große Zahl von Frauen arbeitet. Die EU-Richtlinien zu Gender Mainstreaming könnten für diese Zusammenarbeit eine gute Grundlage sein, zumal dieses Instrument gerade für die Staatsverwaltung vorgesehen ist. Deutsche Erfahrungen im Bereich der Frauenangelegenheiten und der Gleichstellung der Geschlechter wären für Polinnen besonders wichtig. Die Frauen in der Staatsverwaltung stellen in Polen ein großes Potenzial und eine große Kraft für einen Wandel dar, und könnten in der regionalen Zusammenarbeit eine grundsätzliche Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen bewirken. Die EU öffnete die Staatsgrenzen für regionale Entwicklung, deren Bedeutung in der EU-Kommission Danuta Hübner gestärkt hatte. Die Nutzung dieser Bedingungen für die Zusammenarbeit der Frauen auf der Ebene der Staatsverwaltung kann einer der weiteren Schritte nach vorne bedeuten in Richtung einer Zivilgesellschaft ohne Marginalisierung und Grenzen.

Endnoten

1 B. Choluż: Die Situationen der Frauen-NGO's in Polen an der Schwelle zum EU-Beitritt. In: Ingrid Mitethe, Silke Roth (Hrsg.): Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Opladen 2003, S.204-224.



Abstract

Bożena Chołuj zeichnet in ihrem Vortrag die Entwicklung der polnischen Frauenbewegung seit 1989 nach und zeigt auf, wie deren zivilgesellschaftliches Engagement auf die strukturellen Hindernisse einer antimodernen und nicht-kommunikationswilligen Regierungspolitik stieß. Am Beispiel der polnischen Geschlechterpolitik verdeutlicht Chołuj die politische Kultur, die mit der EU-Osterweiterung Eingang in die EU gefunden und den Traum der zivilgesellschaftlichen Durchsetzungskraft gleichstellungspolitischer Ideale zum Erliegen gebracht hat. Als geschlechterpolitischen Ausweg identifiziert Chołuj die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteurinnen mit staatlichen Verwaltungsstrukturen. Die Zusammenarbeit von Frauen auf der Ebene der Staatsverwaltung kann demnach Perspektiven für eine Zivilgesellschaft ohne Marginalisierung und Grenzen eröffnen und zur Durchsetzung von Frauenrechten beitragen.

Zur Person

Bożena Chołuj, Prof. Dr., Germanistin an der Warschauer Universität und Professorin für Deutsch-Polnische Kultur- und Literaturbeziehungen und Gender Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Sie ist außerdem Codirektorin der Gender Studies an der Warschauer Universität, die sie zusammen mit Prof. Dr. Malgorzata Fuszara 1995 gegründet hat. Zahlreiche Publikationen und Mitgliedschaften, darunter Mitgliedschaft im Ausschuss der NGO OSKa (Fraueninformationszentrum Warschau) von 1993-2005.

Veröffentlichungen u.a.

Subversive Funktionen der Geschlechterkategorie im philosophischen und literarischen Diskurs (Judith Butler und Ruth Klüger). In: Karol Sauerland (Hrsg.): Das subversive in der Literatur. Die Literatur als das Subversive. Toruń 1998, S. 121-129.

Anti-feminist Attitudes, Animositities between Women, and the Public Life. In: Gabriele Jähnert, Jana Gohrisch, Daphne Hahn u.a. (Hrsg.): Gender in Transition in Eastern and Central Europe Proceedings Berlin 2001, S. 148-153.

rischem Erbe, kulturellen Eigenheiten und neuen Herausforderungen. In: Michael Meuser/Claudia Neusüß: Gender Mainstreaming. Konzepte-Handlungsfelder-Instrumente. Bonn 2004 Bundeszentrale für Politische Bildung, zusammen mit Claudia Neusüß, S.182-194.

Taktiken und Strategien der zweiten polnischen Frauenbewegung. In: Anja Weckwert/Ulla Wischermann (Hg.): Das Jahrhundert des Feminismus. Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien. Für Ute Gerhard Frankfurt am Main 2006, S. 127-139.

Zwischen Staat, Kirche und Frauenbewegung. Die frauen- und geschlechterpolitische Entwicklung in Polen nach 1989. In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. Geschlechterperspektiven in der Entwicklungspolitik. 2004, S. 96-100.

Im Osten nichts Neues oder: Wie der polnische Staat die Frauen missachtet. In: Femina politica, 02/2007, S. 109-113.

Kontakt

Prof. Dr. Bożena Chołuj
Europa-Universität Viadrina
Professur für Deutsch-Polnische Kultur- und Literaturbeziehungen und Gender Studies
Collegium Polonicum Słubice
Raum 134
Tel: 0335-5534 16 425
Email: choluj@euv-frankfurt-o.de

Geschlechtergleichstellung in Polen – zwischen histo-